

Es gilt das gesprochene Wort!

**Grußwort
von Herrn Gerd Hoofe,
Staatssekretär im Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
anlässlich
der 10. Mitgliederversammlung des
Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement
am 20. November 2009**

Sehr geehrter lieber Herr Olk,

(Vorsitzender des BBE- Sprecherrats)

sehr geehrter lieber Herr Baumeister,

(Deutsche Bank AG, Corporate Social Responsibility – Head of Volunteering, Region Germany)

sehr geehrte Frau Kollegin, liebe Frau Helbig,

(Engagementbeauftragte des Landes Berlin)

sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle wissen, dass Bürgerverantwortung und Engagement die Grundlagen einer starken und aktiven Zivilgesellschaft sind. Anders gesagt: Eine aktive Zivilgesellschaft fördert nicht nur wirtschaftliches Wachstum und stabile demokratische Strukturen, sondern sie stützt auch die gesellschaftliche Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ich freue mich, dass ich heute zu Ihrer 10. Mitgliederversammlung noch einmal das Schwerpunkt-Thema ihres aktuellen Newsletters aufgreifen darf: Nämlich: Engagement im Koalitionsvertrag. Treffend wäre auch Engagement beim Koalitionsvertrag. Aber das ist eine etwas andere Programmlinie.

Bleiben wir bei der Auswertung des Koalitionsvertrages unter dem Blickwinkel Engagementpolitik. Ich möchte hervorheben, dass sich die Regierungsparteien im neuen Koalitionsvertrag sehr deutlich zur Förderung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements bekannt haben. Und das nicht von ungefähr, sondern auch in den unterschiedlichen Verhandlungsstrecken und den verschiedenen Arbeitsstrukturen sehr bewusst und sehr kenntnisreich.

Diese Entwicklung und dieser Fortschritt, wie er sich jetzt abbildet und auch schon in der letzten Legislatur abgebildet hat, ist auf viele Akteure, Impulsgeber, Überzeuger und Unterstützer zurückzuführen.

Und es wirft insoweit auch einen leuchtenden Scheinwerfer auf das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und den dahinter stehenden Tatendrang und die Tatkraft. Sie haben in den vergangenen Jahren im Spannungsfeld von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft viele neue Herausforderungen aufgegriffen und diese durch zahlreiche Aktionen und ihre Kreativität wieder und wieder in die Gesellschaft und in die Politik getragen.

Ich erinnere hier nur an die immer sichtbareren und nachhaltigeren Wochen des Bürgerschaftlichen Engagements. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement hat sich mittlerweile zu einem wichtigen Eckpfeiler der engagementpolitischen Infrastruktur auf Bundesebene und zu einem wichtigen

Partner der Politik entwickelt. Und ich kann Sie nur ermutigen: bleiben Sie dabei und bleiben Sie am Ball.

Die Engagementbereitschaft in Deutschland ist hoch, insbesondere in der älteren Generation. Der dritte Freiwilligensurvey - in Kürze erfolgt seine Vorstellung - beweist das erneut. Wir wissen aber auch, dass die Engagementbereitschaft, der verbesserte niedrigschwellige Zugang zu Engagementangeboten, aber auch die Wertschätzung der im Engagement erbrachten Leistungen weiter ausbaufähig sind. Gleichzeitig müssen wir die junge Generation verstärkt in den Blick nehmen.

Viele junge Menschen sind in Projekten, Initiativen, Vereinen aktiv, und die Nachfrage nach einem freiwilligen sozialen oder einem freiwilligen ökologischen Jahr ist ungebrochen hoch. Es gibt aber auch den anderen Teil der jungen Generation, der sich zunehmend aus Diskussionen zurückzieht, die sich mit der Gesellschaft, den politischen Möglichkeiten, der Wirtschaft, den sozialen Fragen oder kulturellen Themen beschäftigen. Hier gilt es, ideenreich davon zu überzeugen, dass bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Grundlage dafür ist, dass wir in unserem Land eine Lebensqualität und einen sozialen Ausgleich haben, um den uns viele beneiden.

Und was entscheidend ist für ein dauerhaftes bürgerschaftliches Engagement: die Rahmenbedingungen müssen stimmen – und zwar in allen Lebensphasen. Mit der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts und mit unserer Initiative ZivilEngagement haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Verbesserungen und Anreize für Engagierte erzielt und Impulse für die Zukunft gesetzt. Darüber hinaus wurde in diesem Jahr das nationale Forum für Engagement und Partizipation ins Leben gerufen, das eine erfolgreiche Arbeit geleistet hat. Wenn man den Koalitionsvertrag genau liest, findet man viele Vorschläge des Nationalen Forums zu Eckpunkten einer engagementpolitischen Agenda auch dort wieder. Das ist eine hervorragende Basis für die Zukunft. Wir können nun mit neuen Akzenten und verstärkt das fortsetzen, was wir mit unserer Ressortinitiative ZivilEngagement in der letzten Legislaturperiode begonnen haben. Die für mich dazu im Koalitionsvertrag wichtigste Passage, weil konkret und in der Bildführung eindeutig, lautet:

„Die vielfältigen Investitionen im Engagement sind besser zu fördern, stärker zu vernetzen und vor allem denen zugänglich zu machen, die wir für bürgerschaftliches Engagement begeistern wollen. Wir wollen eine Nationale Engagementstrategie u.a. zusammen mit dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation umsetzen, ein Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verfolgen, das alle geeigneten Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und Stabilisierung von Engagement und Partizipation berücksichtigt und zur Bündelung, Abstimmung und Weiterentwicklung von Förderprogrammen ein geeignetes bundeseinheitliches Förderinstrument aufstellen.“

Wir wollen diese mission possible mit Kraft und Energie, aber auch im Austausch und in Partnerschaft mit Zivilgesellschaft und Wirtschaft bestmöglichst umsetzen. Bürgerschaftliches Engagement soll auf allen staatlichen Ebenen besser abgestimmt, nachhaltig und auf Handlungsschwerpunkte konzentriert gestärkt werden. Die Bundesregierung wird sich bei der Entwicklung der Engagementpolitik und Umsetzung der Nationalen Engagementstrategie vom Nationalen Forum für Engagement und Partizipation weiter gerne beraten und unterstützen lassen.

Damit wir optimal agieren können, brauchen wir für das Nationale Forum eine kluge und stabile Aufstellung für ein gutes Zusammenwirken von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat. Dabei müssen die Rollen von Nationalem Forum für Engagement und Partizipation und BBE klar definiert und abgegrenzt sein. Das Forum - das möchte ich hier unterstreichen – ist bestechend in seiner demokratischen Idee: In ihm soll die gesamte Zivilgesellschaft mandatiert vereint sein, um ihre Vorstellungen über eine Engagementstrategie an die Bundesregierung adressieren zu können und sich gleichfalls verlässlich selbst verpflichten zu können. Für die Gestaltung einer umfassenden und wirksamen Engagementpolitik ist eine wechselseitige Verbindlichkeit zwischen Staat und gesellschaftlichen Partnern unerlässlich.

Zurück zum Koalitionsvertrag:

Eine wirkungsvolle Struktur- und Modellförderung möglichst aus einem Guss soll entwickelt und ausgebaut werden. Neben der Konturierung von Förderprogrammen durch bessere Abstimmung und ggf. Bündelung ist natürlich auch die Weiterentwicklung von Fördermaßnahmen vorgesehen. Als Stichworte möchte ich beispielhaft nennen: Die Stärkung des Themas Schule und Engagement oder die Unterstützung von Unternehmen bei der Weiterentwicklung ihrer Rolle als Partner von Zivilgesellschaft und Staat. Ein weiterer, wichtiger Punkt des Koalitionsvertrages: die Freiwilligendienste. Angestrebt wird eine bundesgesetzliche Regelung, um einheitliche und transparente Bedingungen für Freiwilligendienstleistende zu schaffen. Wir wollen mit einem Freiwilligenstatusgesetz ein umfassendes Dach über die verschiedenen Formate der Jugendfreiwilligendienste bauen. Wir wollen die Jugendfreiwilligendienste qualitativ und quantitativ stärken. Mehr Plätze, bessere Finanzierung und attraktivere Bedingungen. Die vorgesehene Verkürzung des Zivildienstes beschleunigt diesen Prozess. Weitere zwei herausgegriffene Einzelpunkte: Wir wollen Kinder, Jugendliche und alle anderen Akteure vor Ort in ihrem Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie unterstützen. Und: Bei den Älteren soll der bessere Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gefördert werden, eine flächendeckende Struktur der Förderung des Engagements im Alter, der Selbstorganisation und Nachbarschaftshilfe wird angestrebt.

ich meine es wird deutlich:

Die Bundesregierung hat sich einiges vorgenommen. Engagementpolitik als eigenes Politikfeld – das ist unser Ziel. Denn freiwilliges Engagement ist nicht nur Ausdruck einer vitalen Bürgergesellschaft und einer funktionierenden Demokratie, sondern wesentliche Grundlage unseres sozialen Zusammenhalts.

Ich bin mir sicher, dass das BBE in seiner Funktion als klar und zukunftsfest strukturiertes Netzwerk uns dabei auch zukünftig ein guter Partner sein wird und wir viele weiterführende Impulse und Ideen aus der Arbeit erhalten. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und wünsche eine erfolgreiche Mitgliederversammlung.

Vielen Dank.